

Hochheimer Stadtanzeiger

Ämtliches Organ der Stadt Hochheim a. M.

Erscheint auch unter dem Titel: Nassauischer Anzeiger, Kreisblatt für den Landkreis Wiesbaden.

Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags, Samstags.

Redaktion und Expedition: Viebrich a. Rh., Rathausstraße 16. Telefon 41.

Druck- und Verlag: Guido Seidler vorm. Hofmann'sche Buchdruckerei, Viebrich a. Rh. — Redakteur: Paul Jorisch, Viebrich a. Rh. — Filiale in Hochheim: Jean Lauer.

Nr. 62

Dienstag, den 29. Mai 1923.

Postfach 10114
Frankfurt (Main)

17. Jahrgang.

Ämtlicher Teil.

Nr. 222.

Erinnerung.

Die Ortspolizeibehörden, die mit Erledigung einer Kreisblattverfügung vom 12. Juni 1920, 11. 4260, in Nr. 70/452 des Kreisblatts, betreffend Bericht über die im Einzugsjahre 1922 ausgeführten Dienstleistungsleistungen, im Hinblick auf die, welche an die Erledigung erinnert, wird bis 20. Juni 1923.

Wiesbaden, den 23. Mai 1923.

Der Vorsitzende des Kreisaußenbüros.

S. V. Scheller.

Nr. 223.

Erinnerung.

Die Magistrats- und Gemeindevorstände, die mit Erledigung meiner Verfügung vom 2. Mai d. Js., 11. 6221, betreffend Übernahme der Obliegenheiten an den Verbanden durch den Beigeordneten, auch im Hinblick auf die, welche an die Erledigung erinnert, wird bis 10. Juni d. Js. bestimmt.

Wiesbaden, den 23. Mai 1923.

Der Landrat.

S. V. Scheller.

Nichtamtlicher Teil.

Tages-Rundschau.

Von der Rheinlandkommission.

Nach einer Hausanmeldung aus Coblenz hat die Rheinlandkommission im Einvernehmen mit General-Deputierte beschlossen, in Coblenz die Requisition der nötigen Personal- und Materialkosten für die Wiederherstellung der zerstörten Bausubstanz, Bausubstanz und dergl. zu leisten. In der Beschlagnahme erklärt Haus, die Wiederherstellungsarbeiten seien eine neue Art Sanktion, deren Kosten zu Lasten der deutschen Verwaltung seien, da die Zerstörungen vollständig von deutscher Seite begangen wurden.

Coblenz. (Haus). Wegen der Weigerung der Stadt Coblenz, 100 Millionen Mark Geldsumme auf Reparationskonto wegen der in der Druckerei Coblenz vertriebenen Beschäftigten zu zahlen, beschloß die in Coblenz bestehende Rheinlandkommission 1. Zur Beschlagnahme des Geldes aus den Bausubstanzkosten in Coblenz zu schreiten, 2. weiter zum Verleihen weiterer „Lage“ ungezügelter Holz zu freilegen, wenn der Gegenwert nicht ausreicht, um die aus der Druckerei geschuldete Summe zu decken. Bonn. Wie verschiedene Blätter melden, stellt die „Börsen Ztg.“, die schon seit längerer Zeit vertritt, daß mit dem 1. Juli dieses Jahres endgültig ihr Erscheinen ein. Dem Personal ist bereits geteilt worden.

Düsseldorf. 26. Mai. Wie die Düsseldorfischen Nachrichten melden, verurteilte am 14. Mai das französische Kriegsgericht in Hattungen zwei französische Soldaten zu zehnjähriger Zwangsarbeit und Ausweisung aus dem Heere, weil sie mit Gewalt Diebstahl an deutschen Personen, Hausvermögens und Sachbeschädigung in den Wohnungen von Deutschen begangen und eine deutsche Frau vergewaltigt hätten. Das Kriegsgericht hat nunmehr das Urteil aufgehoben und an die Kriegsgerichte in Colmar wegen eines Formfehlers verwiesen.

Berlin. 27. Mai. Wie der „Voss. Ztg.“ aus Offen berichtet wird, wurden bei der Belegung der Reichsbahn in Offen 70 bis 75 Milliarden beschlagnahmt, nach anderer Meldung 97 Milliarden.

Hinrichtung Schlagerers.

Paris. 26. Mai. Haus meldet aus Düsseldorf: Das Obdengeschicht Schlagerers, der vom Kriegsgericht in Düsseldorf zum Tode verurteilt worden war, ist verworfen worden.

Düsseldorf. 26. Mai. Der vom französischen Kriegsgericht wegen Sabotage zum Tode verurteilte Bergmann Schlagerer ist heute morgen am Rande des Hofriedhofes von französischem Militär durch Erschießen hingerichtet worden. Wie verlautet, ist Schlagerer, dem um 3 Uhr früh von der bevorstehenden Vollstreckung des Urteils Mitteilung gemacht worden war, völlig gelöst in den Tod gegangen. Anwesend bei der Erschießung waren der Verteidiger Schlagerers, Rechtsanwalt Dr. Tengel, und zwei katholische Geistliche.

Die bedrohliche Lage im Streitgebiet

Münster. 25. Mai. In Gelsenkirchen wurden gestern erneut die Lebensmittellieferanten geplündert. Die Zechen „Konstantin der Große“ III und IV wurde von den Kommunisten geplündert. Im Landkreise Dortmund ist es im Laufe des Tages zu mehreren Aufständen gekommen. Die an den Zechen Unruhen auf der Zechen „Konstantin der Große“ III und IV beteiligten Aufständischen

sind heute zu den zum Teil freitenden Zechen „Konstantin“, „Germania“ und „Holland“ gezogen, haben dort die Telefonzentrale zerstört, die Magazine teilweise unter Mitnahme von Waren geplündert und die Arbeitswilligen aus den Gruben geholt. Gegen diese Elemente wurde die Polizei eingesetzt. Unter Anwendung der Schusswaffe wurden die Zechen „Konstantin“ und „Germania“ gesäubert, wobei die Zechen drei Tote und mehrere Verletzte hatten. Aus der Zechen „Konstantin“ gelang es der Polizei, ohne Gebrauch der Schusswaffe die radikalsten Elemente, die sich schwere Ausschreitungen gegenüber den Arbeitswilligen haben zuschreiben lassen, von den Zechenanlagen zu vertreiben. Bei dem Streik auf der Zechen „Monte Carlo“ in Solingen, von wo aus sich ein Trupp Streikender auf dem Wege zu den Zechen „Schwerm“ und „Erla“ befand, war die Polizei im allgemeinen durchaus Herrin der Lage. In Bochum ist es im allgemeinen zurzeit noch ruhig; jedoch ist ein Zug auswärts kommender kommunistischer Elemente, u. a. aus Gelsenkirchen, festgestellt worden. Sie sind durch grüne Abzeichen, wie Schichten, Kränze und Ähren gekennzeichnet. Die Polizei-ergreifung ist heute in Tätigkeit getreten und hat folgende Bekanntmachung erlassen:

1. Alle Bevölkerungsteile werden aufgefordert, sich unbedingt den Anordnungen zu fügen. 2. Der Ausschau von Alkohol wird verboten. 3. Von 10 Uhr abends bis 4 Uhr morgens sind die Straßen für den Verkehr gesperrt. 4. Der Lebensmittellieferant wird konzentriert. 5. Gegen Plünderer wird rücksichtslos mit den denkbar schärfsten Strafmaßnahmen vorgegangen.

Die Regierungskräfte haben sich an General-Deputierte mit dem Ersuchen gewandt, für Gelsenkirchen die Schuppe zu zuziehen. Daraufhin hat der Gelsenkirchener Ausschuss erklärt, er lehne jede Verantwortung für ein neues Blutvergießen ab, falls nach Gelsenkirchen Schuppe gelegt würde.

Dortmund. 26. Mai. Heute nachmittag fand die Beerdigung von zwei bei den Aufständen getöteten Kommunisten statt. Ein Zug von circa 10.000 Menschen mit roten Fahnen zogen sich hinter den Särgen. Kommunistische Handwerker begleiteten den Zug. Nach der Beerdigung fand eine Versammlung auf der Hohenburg statt, die ohne Zwischenfälle verlief.

Essen. 26. Mai. Dem Lebensmittelhändler Strammann, der in Gelsenkirchen einen Lebensmittel-Großhandel mit verschiedenen Filialen betreibt, wurde bei den kommunistischen Unruhen von zwei Kommunisten auf offener Straße mit dem Revolver erschossen.

Essen. 26. Mai. Auf den Lebensmittelmärkten wurde es gegen Mittag wieder ruhig, ohne daß die Feuerwehre oder ein anderer Ordnungsdienst eingegriffen hätte. Beim ersten Ansturm kam es zu einigen Ausschreitungen, wobei mehrere Schaulustler und Schreiber getötet wurden. Nach Herabsetzung der Preise wurden die Waren an die ruhig wartenden Käufer abgegeben. In mehreren Plünderungen kam es nicht mehr.

Essen. 26. Mai. Hier ist es gestern nachmittag zu Plünderungen auf dem Marktplatz gekommen. Der Selbstschutz mußte eingreifen und den Platz räumen.

Essen. 26. Mai. In Bochum sind heute alle Geschäfte und Wirtschaften geschlossen. — In Kottbusen hat sich der Selbstschutz organisiert.

Münster. 26. Mai. In Bochum ist heute der „Börsenverein“ von den Kommunisten geplündert und in Brand gesetzt worden. Aus der Stadt wurden Zusammenkünfte und Schieferungen zwischen den Aufständischen und der Feuerwehre gemeldet, wobei mehrere Personen verletzt wurden.

In Gelsenkirchen ist es im allgemeinen ruhig. Der Ausverkauf der Waren zu den von den Kommunisten herabgesetzten Preisen dauert an.

Im Landkreise Dortmund haben die Kommunisten die Zechen „Freiheit“ bei Lünen besetzt. Bei der Säuberung der Anlagen durch die Polizei hatten die Aufständischen fünf Schüsse abgegeben.

Im Bezirk Lünen wurden heute 30 Hauptadelsschützen der Aufständischen festgenommen.

Bochum. 26. Mai. Vom Bochumer Bezirk streifen 31 Zechenanlagen und 15 Metallbetriebe mit insgesamt 60.000 Arbeitern.

Bochum. 26. Mai. Gestern Abend kam es wieder zu größeren Unruhen. Die Demonstranten zogen zum Stadtplatz, wo sie in die Villa eines Hausmanns eindrangen, den sie mitnahmen. Die zu Hilfe gerufenen Feuerwehre besetzten den Gelände und verteilte die Unruhestifter, wobei es Tote und Verwundete gab. Bei einer Razzia der Feuerwehre wurden circa 100 Gefangene ergriffen. Sie waren zum Teil mit Revolvern und Karabinen bewaffnet. Nachts kam es zu Zusammenstößen in der Rottstraße, wobei einige Personen verwundet wurden. In der Frühe gegen 5 Uhr wurde der Feuerwehrsprengel an der Eisenbahnbrücke mit Gewehren besetzt, ein Feuerwehmann wurde durch einen Kopfschuß getötet, zwei schwer verletzt, einer von ihnen liegt im Sterben. Im Stadtinnern ist die Feuerwehre Herr der Lage. An den Stadteingängen stehen rote Wagen, die die Straßenbahnwagen und Autos anhalten und die Insassen auf Waffen untersuchen. Seit gestern früh wurden weitere vier Tote und 30 Verwundete in die Krankenhaus eingeliefert. Die Verwundeten werden größtenteils in Lebensgefahr.

S. A. J.

Hamburg. 25. Mai. Der internationale Sozialkongress wurde heute nach Annahme einer Reihe von Entschlüsse durch Weisung Deutschlands geschlossen. In einer Entschlüsse über Friedensverträge und Reparationen fordert der Kongress u. a.: 1. Endgültige Festlegung des von Deutschland nach geschätzten Betrages, der in seinem Gegenwartswert den wirt-

lichen Betrag der Reparationen darstellt. 2. Die Festlegung eines Zahlungsplanes, der mit Hilfe internationaler Kreditoperationen sobald als möglich Deutschland von seiner Schuld befreit und allen Gläubigern die Mittel, die zu Reparationen nötig sind, zu bieten. 3. Den Abschluß von Reparationsverträgen zwischen den alliierten Regierungen, für die eigentlichen Reparationen die Gesamtsumme der erwachten Zahlungen zu verwenden.

Hamburg. 25. Mai. In das Gremium der neuen sozialistischen Arbeiterinternationale sind gewählt worden: Henderson (England), Brode (Frankreich), Sonderelde (Belgien), Trillstra (Holland), Branting (Schweden), Bauer (Österreich), Modigliani (Italien), Abramowitsch (Rußland) und Wels (Deutschland).

Frankreich

Paris. 25. Mai. Haus verbreitet über die durch die Entscheidung des Senats geschaffene Lage folgende offenbar beeinflusste Mitteilung:

Wenn Präsident Millerand die Demission, die ihm der Ministerpräsident anbot, abgelehnt hat, so geschah dies, weil — und zwar wie man in politischen Kreisen findet mit Recht — er der Ansicht ist, daß die allgemeine Politik der Regierung keineswegs kompromittiert sei. Der Senat hat sich in seiner Eigenschaft als Staatsgerichtshof bei seinem geistigen Beschluß ausschließlich auf den Rechtsstand gestellt, und seine Abstimmung kann und soll keinerlei politische Rückschlüsse haben. Es habe sich lediglich darum gehandelt, festzustellen, daß das Vergehen gegen die Kommunisten vor einem Gerichtswegerecht stattfinden soll. Es sei voraus zu setzen, daß in ganz kurzer Frist der Senat auf dem Wege einer Interpellation über die Politik des Kabinetts berufen sein werde, Poincaré gegenüber eine Haltung zum Ausdruck zu bringen, die niemand zweifelhaft erscheinen könne.

Am Abend ist das Gerücht im Umlauf gewesen, daß wegen der durch den Beschluß des Staatsgerichtshofes geschaffenen Lage Präsident Millerand beschloß, seine Reise nach der Provinz und Ost-Lothringen aufzugeben. Dieses Gerücht ist nicht zutreffend, denn da das Kabinett im Umlauf bleibt, werde in dem Programm der Reise keinerlei Veränderung eintreten. Millerand werde heute Abend zur festgesetzten Zeit abreisen.

Nach einer Pariser Meldung der „Voss. Ztg.“ mußte der Präsident der Deputiertenkammer Raoul Viret infolge plötzlicher Erkrankung in eine Nervenklinik verbracht werden. In der Kammer freizeitlich beschäftigt man sich bereits mit der Möglichkeit einer baldigen Präsidentenwahl, für die der frühere Ministerpräsident Poincaré als Kandidat der republikanischen Mittelparteien genannt wird.

Die Ruhrfrage in der französischen Kammer.

Paris. 25. Mai. Die Kammer schloß heute die Debatte über die Ratung der Ruhrfrage. In der Sitzung ergreift der Abg. Herriot das Wort. In demselben Augenblick tritt der Abg. Caden (Kommunist) den Sitzungssaal. Die kommunistischen Abgeordneten schreien: „Anarchie!“ und begrüßen ihren Führer. Der republikanische Abgeordnete und seine Freunde rufen: „Nieder mit dem Senat!“

Abg. Herriot läßt Deutschland sei während des Krieges nicht belagert gewesen und die Alliierten hätten ihm einen großzügigen Waffenstillstand zuerkennen. Trotzdem habe es nichts unternommen, um sich von seiner Schuld zu befreien. Es hat nicht einmal die nötigen Steuern angenommen, ja sogar die Steuerhinterziehung ermutigt. (Der Abg. Caden ruft begeistert: „Wie bei uns.“) Auf der Konferenz von Paris habe England der Beilegung von Vandalen keineswegs abhold gegenübergestanden. Herriot stellt im weiteren Verlauf seiner Rede nochmals fest, daß Poincaré im Finanzministerium von großartigen Vandalen Deutschlands gesprochen habe. Er erklärt auf die Zwischenrufe Poincarés wie folgt: „Ihre Erklärungen stimmen genau mit den Verträgen überein, die wir oft zum Ausdruck gebracht haben, nämlich, daß wir die Beilegung der Reparationsfrage nur durch ein internationales Abkommen für möglich halten. (Poincaré ruft begeistert: „Das ist eine Prämie für die Räumung!“) Herriot fährt fort: Ich gehöre zu denjenigen, die glauben, daß diese Frage sobald als möglich beendet werden muß. (Beifall links.) Er verteidigt keineswegs die nationalsozialistischen und kriegsverbrecherischen Deutschlands, namentlich in Bayern, das wieder eine Monarchie werden wolle. Aber die demokratische französische Regierung habe sich für die Ausführung der Reparationsverpflichtungen ausgesprochen und im Reichstag hätten Redner verlangt, daß Deutschland den Betrag für den Wiederaufbau bezahlen müsse. Wir müssen, so ruft der Redner aus, uns hüten, die Elemente zu fördern, die Deutschland und Europa endemokratisieren wollen.

Der nächste Redner ist der sozialistische Abg. Oberkirch, der erklärt, man müsse im Ruhrgebiet bleiben, bis der große Konflikt zwischen Deutschland und Frankreich gelöst sei. Wenn Frankreich nicht handele, werde es der Besatz sein und Deutschland den Rugen des Siegers zu erlangen trachten.

Abg. Cassaigne-Gonon glaubt nicht daran, daß es zwei verschiedene Deutschland gebe. Es gebe nur ein Deutschland, dem man kein Vertrauen schenken könne.

Der sozialistische Abg. Broglie erklärt, mit Rosenberg im Ministerium des Reichens werde man niemals zu einer friedlichen Lösung kommen. Denn

Rosenberg sei der Urheber des schlechten Geistes der deutschen Minister. Die Sitzung dauert fort.

Condore zur Entschuldigungsfrage. Condoreur legte gestern in einer Rede im Pariser Parlament Club, mit einigen guten Willen könne ein Einverständnis in der Entschuldigungsfrage zustande kommen. Schwieriger sei die Lösung des Sicherheitsproblems. Frankreichs Sicherheit liege am Rhein.

Ein neuer englischer Reparationsplan.

Englands Wunsch nach Beilegung des Ruhrkonflikts.

Kattendam. Die „Times“ melden, der neue Premierminister hat sich entschieden, Brabant mit einem neuen Reparationsvorschlag in der Reparationskommission zu besprechen. Die gesamte Londoner Presse erwartet von Brabant eine erhöhte Aktivität zur Beilegung des Ruhrkonflikts.

Die Not Europas.

London. 24. Mai. Bezugnehmend auf die in Europa augenblicklich herrschende Not schreibt die „Times“, es bestehe kein Zweifel, daß die Lage Europas schlimmer werde. Eine neue Krise sei in Sicht in der Entwicklung der Beziehungen zwischen den siegreichen Alliierten und Deutschland. Eine Krise, die die Beziehungen Großbritanniens zu Frankreich tief berühre. Die französische Regierung sei entschlossen, in ihrer Befolgung der separaten Politik, die sie im Ruhrgebiet angenommen habe, zu verharren. Unter Hinweis auf die letzte französische Regierungsschreiben die „Times“, somit die Ruhrfrage in Betracht komme, zeige die französische öffentliche Meinung für den Augenblick keinerlei Zeichen von Schwäche. Augenblicklich sei es wesentlich, daß nicht gefestigt werde, daß die Anordnung in Deutschland sich ausbreite. Es gebe kein bemerkenswerteres Symptom als die Ausbreitung der kommunistischen Unruhen im Ruhrgebiet. Die Beilegung Gelsenkirchens durch die Kommunisten und die Ausschreitungen in Dortmund und Bochum seien ernste Ereignisse, die die Franzosen in dem Gebiet, das sich unter ihrer starken militärischen Kontrolle befindet und das sie des polizeilichen Schutzes beraubt hätten, nicht hätten geschehen dürfen.

Griechisch-türkische Einigung.

Konstantin. 27. Mai. Die Einigung zwischen den Türken und Griechen soll sich auf folgender Grundlage: 1. Griechenland erkennt grundsätzlich keine Verpflichtungen zu Reparationszahlungen an; 2. Die Türkei verzichtet praktisch auf diese Reparationszahlungen. 3. Es soll eine Grenzveränderung im Gebiet von Karagisch vorgenommen werden, damit, daß der Ort Karagisch an die Türkei fällt. Die türkische Forderung nach der Grenze von 1913 wurde aufgegeben. 4. Griechen und Türken erlassen einander die seit dem Waffenstillstand von Mudros, das heißt nach Abschluß des Weltkrieges, beschlagnahmten Schiffe zurück. Dabei ist zu bemerken, daß die Türken nur sehr wenige Schiffe zurückzugeben, aber eine beträchtliche Anzahl zu erhalten haben.

Kleine Mitteilungen.

Berlin. Der Reichsverband der Industrie hat den Hermann Kallert'schen Vorschlag, ein Fünftel des Reichtums für Reparationen zu verpflichten, für solange unannehmbar erklärt, als nicht vorher die französische Bereitschaft festzustellen ist, daß mit dieser Beilegung die französischen Pläne auf die deutsche Industrie zu einem Abbruch kommen.

abzulegen den frühesten Reichstagswahlen von der demokratischen Partei wider als Kandidaten für die kommende Präsidentschaftswahl zu nominieren.

München. In der Frage der Schaffung des Amtes eines bayerischen Staatspräsidenten ist ein weiterer Schritt erfolgt. Die bayerische Staatsregierung hat einen Gesetzentwurf in der Angelegenheit ausgearbeitet, der in der nächsten Zeit dem bayerischen Landtag vorgelegt wird.

Leipzig. Der Staatsgerichtshof verurteilte den Reichsgerichtsrat Dr. Otto Hofmann aus Halle a. S. wegen Verhöhnung und Verächtlichmachung der republikanischen Staatsform, begangen durch die Broschüre „Der Diktator durch das Jubiläum“ zu neun Monaten Gefängnis und einhunderttausend Mark Geldstrafe.

Paris. (Haus.) Infolge des Reichstages des Staatsgerichtshofes wurde der Sekretär und Reichstagsabgeordnete Hölein in Freiheit gesetzt, da jedoch Hölein deutscher Untertan ist, wird er Gegenstand besonderer polizeilicher Maßnahmen sein. (Er wird ausgewiesen werden.)

Warschau. Die polnische Regierung erhält in der Nationalversammlung ein Mißtrauensvotum, so daß mit ihrem Sturz zu rechnen ist. Die Bildung des neuen Ministeriums wird keineswegs, ohne tiefschneidende Stürme verlaufen.

Minister Becker über die Dumpingfabel.

Der Reichswirtschaftsminister Becker hat sich in einer Unterredung mit einem italienischen Korrespondenten gegen die im Ausland viel verbreitete Ansicht gewandt, daß Deutschland durch das Dumping besonders gute und leichte Exportgeschäfte mache. Er wies diese Auffassung gegenüber auf folgende Zahlen hin: Deutschland hat in den vier Jahren 1919 bis 1922 zusammen nur für etwa 14 Milliarden Goldmark Güter ausgeführt gegen 10 Milliarden Goldmark in den einen Rep-

K

**Ertragspreis: monatlich
eingetieft. Wegen
bei jedem**

Kontations-Druck u

N 63

Bekanntmachung Rheinla

Auf Grund der Ver
das folgendes zur Ver

Bekannt

an die Mitgl

Der Verordnete Ruch
Kommission bringt dem
Rheinla, daß in Auf
Kommission am 22. M
Verordnung Nr. 155
jedes Regelung des E
Rhein Gebiete getroffen

Erteilung der E

Die Bewilligungsor
hal müssen ordnungsge
tung auf vorchriftsmä
werden und folgendes e

1. das Herkunftslan
2. den Namen der
muss im bechtein
gefallen, offensin
richtig und unter
regulär eingetrag
3. die genaue Ange
hochmenge, ausse
4. den Prozentlay m
5. die Art der Werp
6. das Netto- und
7. den Wert der W

Die Bewilligungsor
für Moosrot, Rumm
76 Gewindestelle nicht
und Ausfuhrstau. Das E
berg)

Die Bewilligungsor
anderen Alkoholarten m
den Rheinlandschaff
des Verordneten Ausfuhr
werden.

Alkohol

Für die unter obig
orten wird die Einfu
setzung eines von dem
Alkohols ausstellen m
Ortsgemeinde, auf dere
verlet befindet, beglaub
teilt.

Dieses Zeugnis m
ausstellen, moosm ein
(die ohne bescheide ungel
die Ware beglaubte
Kannstamente beigefügt

Die Zollämter wech
den Alkoholariten nur
falschbewilligung und de
erhöhten Herkunftsge

Bei der Einfuhr von Gebiete zu erhebe gleich

A. Einfu

Bei Einfu

Vikare
Hrath
Rumm
Roggen
Sonstiger Brennwe
Bei Einfuhr in
für Alkohol jeder A

B. Ausfu

Alkohol
Brennwein oder Bri
Roggen von nicht mehr
Rumm. Wie ist in Wäffern

Bei Berechnung

geben sich folgende T

Für eiserne G
Für einfache R
Für doppelte R
Für Körbe

b) Z

Bei Einfuhr in be
von Fälligkeiten ohne
zeugen:

Bei Vikaren oder
gelegten Orten
Bei Rrath, Rumm,
Bei anderen Orten

c) Z

Die Taralohie (abz
verfügen des Brantlo
Die Taralohilohie
in Hunderthagen des T
Goldens, den 19. 1

Der Crli

Anstlic

Nr. 221.

Erhebung d

Defolge der fort
der hochdurch, entlie